

LEITARTIKEL

Schluss mit dem lächerlichen Kuhhandel

Am Freitag unternehmen die Staats- und Regierungschefs der EU einen neuerlichen Anlauf, um ein anscheinend unlösbares Problem doch noch irgendwie zu lösen: die Aufbringung von knapp einem Prozent des gemeinsamen BIP in den kommenden sieben Jahren für Aufgaben, die grundsätzlich als wichtig anerkannt sind – wie etwa die Förderung benachteiligter Regionen in der Union.

Netto geht es sogar noch um beträchtlich weniger, da ein erheblicher Teil dieser Gelder ja auch in den eigenen Staat zurückfließt; für Österreich z.B. geht es um die Frage, ob der Nettobeitrag 800 Millionen oder eine Milliarde € betragen soll.

Netto geht es also um weniger als 0,3 Prozent des BIP – das entspricht ungefähr dem Unterschied der Wirtschaftsleistung, wenn in einem Jahr ein gesetzlicher Feiertag statt auf einen Wochentag zufällig auf einen Sonntag fällt.



Verteilungskämpfe werden für die eigene Galerie veranstaltet

HERBERT GEYER
herbert.geyer@wirtschaftsblatt.at

Als gelernter Österreicher können wir uns vorstellen: So ähnlich ginge es zu, wenn sich die österreichische Landeshauptleute-Konferenz auf ein Bundesbudget einigen müsste. Dieses unwürdige und sinnlose Schauspiel wiederholt sich alle sieben Jahre, wenn wieder einmal das längerfristige EU-Budget auf der Tagesordnung steht.

Es sollte das letzte Mal sein. Denn bevor 2020 das Gezerre wieder losgeht, sollte die EU über eigene Einnahmen verfügen (etwa durch die Zweckbindung von ein paar Prozentpunkten der Mehrwertsteuer) und diese Einnahmen auch eigenverantwortlich ausgeben. Die Rahmenbedingungen dafür werden ohnehin unter Einbeziehung der Mitgliedsstaaten in den Räten gesetzt.

Die Staats- und Regierungschefs könnten ihre Lösungskompetenz dann auf die wirklich wichtigen Aufgaben konzentrieren: für gemeinsame Anstrengungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, zur Senkung der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit oder für eine zukunftssträchtige gemeinsame Energiepolitik.

www.wirtschaftsblatt.at O-TON

Diese Energie-Revolution wird für Europa teuer

„Energieintensive Betriebe könnten in Windparks, Wasserkraftwerke oder Solarparks investieren und so ihren selbst produzierten Strom verbrauchen sowie übrigen Strom verkaufen. Dies wäre besser als Preisnachlässe durch die Politik.“

User „astiroil“

„Wieder einmal die typische europäische Reaktion. Lamentieren und jammern, anstatt die Budgetmittel Richtung Bildung und Innovation zu verschieben. Wenn wir in Europa weiterhin die technische Ausbildung vernachlässigen, werden wir eben von der Innovationskraft der Asiaten und Amerikaner leben müssen. Retten können wir uns nur selbst, mit einer veränderten Weltanschauung Richtung Aufbruch und Entwicklung.“

User „Kosmopolit“



DISKUTIEREN SIE MIT:
wirtschaftsblatt.at/meinung

Die hier publizierten Gastkommentare/Repliken/Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor

BEOBACHTET

Es ist alles noch viel schlimmer

Das Undenkbare passiert also: In Kroatien und Serbien hat die Justiz ins Fleisch der Mafia gestochen. Prominente Festnahmen in Zagreb und jenseits der Donau sind an der Tagesordnung, in Kroatien reichte das Material auch schon für Anklagen und Urteilsprüche. Tragisch nur, dass es den Druck aus Brüssel gebraucht hat, um die gesellschaftshygienischen Aufräumarbeiten zu beginnen, und dass die Gerichte unter extremem Druck stehen, deftige Schuldsprüche zu produzieren. Justizunabhängigkeit sieht anders aus.

Beweise. Vergleichen wir die erstinstanzlichen Urteile im Fall Sanader und Fall Mensdorff: Der „Graf Ali“ wurde von Vorwürfen der Geldwäsche im Zusam-



TAMARA DEPOLO
tamara.depolo@wirtschaftsblatt.at

menhang mit dem Eurofighter-Deal freigesprochen, weil man nicht nachgewiesen hat, dass das von ihm erhaltene und weitergeleitete Geld auch Bestechungsgeld war – Kroatiens Ex-Premier Ivo Sanader hingegen erhielt wegen einer Provision der Kärntner Hypo dreieinhalb Jahre Haft, obwohl es keine Beweise gab, dass er das Geld auch genommen hat. Unterschiedliches Empfinden der Richter also, ob die Suppe auch genug stinkt.

All die prominenten Festnahmen am Balkan täuschen aber erfahrene Beobachter nicht, nicht eine Sekunde lang. Ein profunder Kenner Kroatiens, Serbiens und Sloweniens sagte mir unlängst resignierend, dass die neue Aktivität der Justiz sinngemäß nur Show sei. In Wahrheit seien die Politik und mit ihr die Justiz nach wie vor am Gängelband der „großen Systeme“, die am Balkan in einem nutznießersischen Miteinander regieren. Die große Verschwörung throne also über der Region: Die großen regionalen Konzerne haben eine subtile Kraft, jede denkbare Regierung zu erpressen. Dahinter wiederum stehen jene, die unvorstellbar viel Geld machen (Drogenhandel ist nur ein Beispiel), und es irgendwo waschen müssen.

GASTKOMMENTAR

China bleibt kompetitiv

Auf dem Kongress der Kommunistischen Partei versprachen die neuen Führer Chinas kürzlich, die Durchschnittsgehälter bis 2020 zu verdoppeln. Die Explosion der Mittelschicht, die von 2010 bis 2020 um das Zehn- bis Fünfzehnfache wachsen soll, die starke Erhöhung der Mindestlöhne und die Ein-Kind-Politik, durch die künftig im Vergleich weniger junge Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden – das sind für viele Beobachter die Hauptgründe dafür, dass China künftig kein konkurrenzfähiges Niedriglohmland mehr sein wird. Diese Einschätzung geht Hand in Hand mit Slogans vom „Ende der niedrigen Produktionskosten“. Aber: Chinas optimale Leistungsfähigkeit als Produzent wird erst in vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, erreicht sein. Viele Analysten ziehen einige spezifische Faktoren nicht in Betracht, wenn sie dem Land eine sinkende Konkurrenzfähigkeit bescheinigen.

Urbanisierung. Der wichtigste „China-Faktor“ ist die riesige Bevölkerung: Teile Chinas sind sehr weit entwickelt, und das Land kann den eigenen Fortschritt selbst finanzieren. Aber viele vergessen, dass im Jahr 2010 immer noch 38 Prozent der chinesischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft



Das Wachstum Chinas wird davon abhängen, schneller auf moderne Techniken umzustellen

tätig waren. Bis 2020 soll dieser Anteil auf 24 Prozent sinken. Bis 2030 werden geschätzte 235 Millionen Menschen auf der Suche nach besseren Chancen in die urbanen Zentren migrieren.

Ein weiterer Faktor ist die im Top-down-Prinzip gemachte chinesische Wirtschaft. Die Lohnerhöhungen kamen

nicht zustande, weil die Arbeiterschaft schrumpfte, sondern weil die Regierung sie so beschlossen hat: 13 Prozent pro Jahr bis 2015, das macht insgesamt 84 Prozent in fünf Jahren! Die Anhebung der Mindestgehälter im ganzen Land ist ein kraftvolles Werkzeug, mit dem die Regierung „vier Vögel mit einem Stein

erschlägt“: Aufrechterhaltung der Urbanisierung, Stärkung des Inlandsverbrauchs durch höhere Einkommen, Reduzierung von sozialen Ungleichheiten durch die Entwicklung des Binnenlandes und die Weiterentwicklung der Wirtschaft und Technologie.

Automatisierung. Der Übergang von einer arbeitsintensiven zu einer intelligenten, automatisierten Produktion hat gerade erst begonnen. Es wird erwartet, dass China sowohl Südkorea als auch Japan überholt und schon 2013 der größte Robotertechnik-Markt der Welt wird. Die massive Urbanisierung und zunehmende Automatisierung führt zu einer großen Zahl an wenig qualifizierten Arbeitskräften, die zur Verfügung stehen.

Chinas langfristige Wettbewerbsfähigkeit wird nicht von den Lohnkosten abhängen, sondern von Chinas Fähigkeit, schneller auf moderne Produktionstechniken umzustellen. Genau deswegen setzt die Regierung alles daran, Wissenschaft und Technologie zu forcieren.



NICOLAS MUSY
Managing Director
Swiss Center
Shanghai

BEOBACHTET

Wir sind Weltmeister, keine Olympiasieger

Endlich wieder Ski-WM. Und endlich wieder daheim. Schladming wird sicher als die beste Ski-Weltmeisterschaft aller Zeiten hochgejubelt. Obwohl dafür ab sofort 14 Tage lang Kaiserwetter sein müsste – so wie damals bei der Heim-WM in Saalbach 1991. Und Österreichs Skifahrer müssten auch zumindest 15 Medaillen holen – so wie damals 1962 in Chamonix (als es noch gar keinen Super-G gab).

Doch beides ist in Schladming relativ unwahrscheinlich. Und trotzdem ist es richtig, sich vom WM-Fieber anstecken zu lassen und sich mit den sympathischen Ennstalern auf eine tolle WM zu freuen. Egal, ob Hirscher oder Ligety, Maze oder Vonn den WM-Titel holen, die klaren Sieger sind Schladming und die Dachstein-Tauern-Region. Durch die Ausrichtung der WM konnte die Stadt



HANS PLEININGER
hans.pleininger@wirtschaftsblatt.at

Geldtöpfe anzapfen, die sonst nie nach Schladming geflossen wären. Rund 200 Millionen öffentliche Gelder wurden in Infrastruktur- und Tourismusprojekte gesteckt. Private Investoren haben extra noch einmal so viel hingeblickert.

Streit ums Geld. Wie immer bei Großveranstaltungen wird bei uns geraunzt, ob 400 Millionen € gut investiert sind. Um das abzukürzen: Ja, das sind sie. Weil wir Österreicher vom Skisport und Tourismus etwas verstehen. Und weil wir

hier international glaubwürdig sind: Nicht umsonst wird etwa alle zehn Jahre eine Ski-WM an Österreich vergeben.

Recht so: Wir sind Weltmeister. Aber so sehr es sich manche wünschen: Wir sind keine Olympiasieger und werden wohl auch nie wieder Olympische Spiele erhalten. Die Gründe sind einfach: Noch niemals wurden Sommerspiele an ein Binnenland vergeben. Egal, wohin Wiens Bürgermeister zum Hochseespielen ausweichen würde – das wird's nicht spielen. Der Steuerzahler will auch nicht zwölf Milliarden € brennen so wie die Briten für London 2012. Und bezüglich Winterspiele sollte uns ein dreimaliges Durchfallen in den vergangenen zwölf Jahren reichen! Winterspiele werden künftig in alpinen Entwicklungsländern ausgetragen – oder dort, wo das große Geld zu Hause ist und der Rubel rollt.